

Im erinnerungspolitischen Sog. Debatten um die Erinnerung an Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete im geteilten Deutschland

von
Christian Lotz

I.

Erinnerungen an die Zwangsaussiedlung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkriegs werden anhaltend lebhaft in Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert. Die Auseinandersetzungen mit „Flucht und Vertreibung“ – so die vielerorts verwendete Bezeichnung – hat nach 1945 im geteilten und seit 1989/90 vereinten Deutschland sowie in den Ländern Ostmitteleuropas wechselhafte Konjunkturen erfahren. Zur Versachlichung der Kontroversen trug in den letzten Jahren erheblich bei, dass die Ereignisgeschichte und die gesamteuropäischen Zusammenhänge genauer untersucht wurden: So liegen inzwischen mehrere Studien und Sammelbände vor, die Flucht und Vertreibung der Deutschen in den breiteren Kontext von Zwangsmigrationen in Europa während des 20. Jahrhunderts einbetten. Auch die Entwicklung der Erinnerung an diese erzwungenen Bevölkerungsbewegungen sind mittlerweile erkundet worden.¹ Spannend tritt hier nicht nur das Verhältnis zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn hervor, sondern auch die Situation im geteilten Deutschland zwischen 1945 und 1990 selbst. Kontrovers ist die Forschungsdebatte allein zur Frage, in welcher Weise in den beiden deutschen Staaten an der Scheidelinie des Ost-West-Konflikts die Geschichte von Flucht und Vertreibung erinnert wurde. Auf der einen Seite ist die These anzutreffen, die Geschichte der Zwangsaussiedlungen und der verlorenen Gebiete sei in der DDR und zeitweilig auch in der Bundesrepublik „tabuisiert“ worden.² Eine solche These ist in mehrerlei Hinsicht problematisch: Das Re-

¹ Vgl. einführend Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938-1950), hrsg. von RALPH MELVILLE u.a., Mainz 2007 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Beiheft, 69); Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen, hrsg. von DIETER BINGEN u.a., Wiesbaden 2003 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, 18); Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa. Geschichtspolitik, Fachdebatten, literarisches und lokales Erinnern seit 1989, hrsg. von PETER HASLINGER u.a., München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 108), darin insbesondere die Beiträge von PIOTR M. MAJEWSKI, CLAUDIA KRAFT, MAREN RÖGER und ADRIAN VON ARBURG.

² Von „Tabu“ oder „Tabuisierung“ sprechen HANS-WERNER RAUTENBERG: Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47 (1997), 53, S. 34-46, hier S. 45; BERND FAULEN-

den von einem „Tabu“ oder einer „Tabuisierung“ legt nahe, dass das Thema Vertreibung vollständig aus der öffentlichen Diskussion verdrängt worden sei. Dies trifft jedoch weder für die DDR noch für die Bundesrepublik zu, wie allein der Blick in die Belletristik zeigt. In Ost und West erschienen zahlreiche literarische Werke, etwa von Christa Wolf und Ursula Höntsch-Harendt in der DDR, von Siegfried Lenz, Horst Bienek u.a. in der Bundesrepublik, die sich des Themas annahmen.³

Auf der anderen Seite lässt sich die These vernehmen, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wäre von der Bundesregierung lange Jahre „instrumentalisiert“ worden, um im Kalten Krieg ihre ostpolitischen Ziele durchzusetzen, wohingegen Schriftsteller die „eigentliche Erinnerungsarbeit“ geleistet hätten.⁴ Eine solche These provoziert die Frage, ob es neben der „eigentlichen Erinnerungsarbeit“ auch eine uneigentliche Erinnerungsarbeit gibt, bzw. wer bestimmt, wie diese „eigentliche“ Erinnerung an Flucht und Vertreibung auszusehen hätte.

Überblickt man das Forschungsfeld, ist lediglich unumstritten, dass das Thema Vertreibung in Ost und West sehr unterschiedlich behandelt wurde und dass es im Verlauf der Zeit wechselnde Konjunkturen erlebt hat. Die in der Forschungsliteratur bislang anzutreffenden Tabuisierungs- und Instrumentalisierungsthesen sind jedoch, wie gezeigt, nicht in der Lage, die Erinne-

BACH: Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52 (2002), 51/52, S. 44-54, hier S. 53; MICHAEL GROTTENDIECK: Egalisierung ohne Differenzierung? Verhinderung von Vertriebenenorganisationen im Zeichen einer sich etablierenden Diktatur, in: *Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR*, hrsg. von THOMAS GROSSBÖLTING, Münster 2003, S. 191-221, hier S. 208; MICHAEL SCHWARTZ: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München 2004 (*Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte*, 61), S. 415, 518, 629, 1196; ANDREAS KOSSERT: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, Berlin 2008 (*Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung*, 712), S. 10; HEIKE AMOS: *Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990*, München 2009 (*Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Sondernummer), S. 9, 256, 268; vgl. dazu auch die Debatte bei JACQUES POMET: *Tabous de l'histoire dans les deux Allemagnes avant 1989 et après la réunification*, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 2009, 188/2, S. 76-96.

³ Vgl. zur Belletristik *Verlorene Heimatn – neue Fremden. Literarische Texte zu Krieg, Flucht, Vertreibung, Nachkriegszeit*, hrsg. von LOUIS F. HELBIG, JOHANNES HOFFMANN und DORIS KRAEMER, Dortmund 1995 (*Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa: Reihe B*, 53); eine kritische Auseinandersetzung mit der Vielzahl von Tabu-Behauptungen zu Aspekten deutscher Geschichte bietet *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*, hrsg. von WILLIAM NIVEN, Basingstoke 2006.

⁴ HANS HENNING HAHN, EVA HAHN: *Flucht und Vertreibung*, in: *Deutsche Erinnerungsorte*, hrsg. von HAGEN SCHULZE und ETIENNE FRANÇOIS, Bd. 1, München 2000, S. 336-351, hier S. 338.

nung an Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik und in der DDR hinreichend zu erfassen. Der vorliegende Aufsatz will diese Situation überwinden. Er wird dazu – im Kontrast zu den bisherigen Erklärungsversuchen, die die Bundesrepublik oder die DDR weitgehend isoliert betrachten – beide Teile Deutschlands in den Blick nehmen. Von Vorteil erweist sich dabei, dass in den vergangenen Jahren die Reichweiten und Grenzen verschiedener beziehungsgeschichtlicher und vergleichender Herangehensweisen an die geteilte deutsche Geschichte erörtert wurden. Auch liegen inzwischen mehrere Monografien und Fallstudien vor, die diese Herangehensweisen in die Forschungspraxis der Politik-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des geteilten Deutschlands übersetzen – an diesen Forschungsstand kann die vorliegende Untersuchung anschließen.⁵ Der Aufsatz wird die Frage verfolgen, wie sich erinnerungspolitische Kontroversen um Flucht und Vertreibung im geteilten Deutschland während der 1950er und 1960er Jahre entwickelten. Es soll erörtert werden, welche Deutungen im Streit konkurrierten und wer zu welcher Zeit eine Deutungshoheit über die Geschichte von Flucht und Vertreibung sowie über die Geschichte der Ostgebiete beanspruchen konnte.

An den Auseinandersetzungen um die Erinnerung an die Zwangsaussiedlungen und an die Ostgebiete beteiligten sich eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure, angefangen von den Regierungen und politischen Parteien in beiden deutschen Staaten über Interessenverbände, die großen Kirchen sowie Vertreter aus Wissenschaft und Kultur bis hin zu Presse und Rundfunk. Um die Konturen der Debatten herauszuarbeiten, untersucht der Aufsatz exemplarisch zwei Akteure, die gegensätzliche Deutungen der Geschichte in die Diskussion einbrachten, und zwar die Landsmannschaft Schlesien (LS) und die Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft (HvGG). Die LS wurde 1950 in der Bundesrepublik von geflohenen und vertriebenen Honoratioren aus Schlesien gegründet. Sie war in den 1950er Jahren ein Massenverband mit über 100 000

⁵ Vgl. einführend: *Deutsche Vergangenheiten – Eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, hrsg. von CHRISTOPH KLESSMANN, HANS MISSELWITZ und GÜNTER WICHERT, Berlin 1999; zu den Reichweiten und Grenzen verschiedener Zugriffe auf die geteilte deutsche Geschichte vgl. außerdem die Beiträge im Themenheft „Gemeinsame Nachkriegsgeschichte“ von HORST MÖLLER, GÜNTHER HEYDEMANN, ANDREAS WIRSCHING, MARTIN SABROW, KATRIN HAMMERSTEIN, PETER E. FÄSSLER und THOMAS AHBE, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007), 3, S. 3-46; mit Blick auf die praktische Umsetzung der diskutierten Konzepte vgl. besonders ANNETTE WEINKE: *Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949-1969, oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im kalten Krieg*, Paderborn 2002; Weinke arbeitet die Wechselwirkungen bei der Aufarbeitung von NS-Verbrechen in beiden deutschen Staaten heraus; sowie MICHAEL SCHWARTZ: *Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008), 1, S. 101-151. Schwartz liefert nicht nur einen komprimierten Vergleich ost- und westdeutscher Integrationsmaßnahmen und deren Wirkungen, sondern zeigt auch, wie integrationspolitisches Handeln in der Bundesrepublik und in der DDR aufeinander bezogen war.

Mitgliedern. Die großen Bundestreffen der LS wurden bis in die 1960er Jahre sogar von weit mehr Teilnehmern besucht. Die Arbeit der LS wurde (und wird) von der Bundesregierung finanziell unterstützt. Eine geordnete Struktur hat die LS bis 1989/90 nur in den westlichen Zonen und in der Bundesrepublik aufbauen können. In der sowjetischen Zone und in der DDR hingegen konnten lediglich in den ersten Jahren Vorformen von Vertriebenenorganisationen entstehen und unregelmäßige Treffen stattfinden, da Polizei und Staatssicherheit eigenständige Vereine von Flüchtlingen und Vertriebenen unterdrückten. Gleichwohl arbeitete die LS grenzübergreifend, wie an den zahlreichen Besuchen von Vertriebenen aus der DDR bei Bundestreffen in Westdeutschland deutlich wird oder dem regen Postverkehr und Nachrichtenaustausch zwischen Vertriebenen in Ost und West.⁶

Die Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft wurde 1948 in Ost-Berlin gegründet. Um in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der Bundesrepublik eine eigene Organisationsbasis zu unterhalten, wurde 1950 auch in Düsseldorf eine Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft errichtet. Mit ihrem Namen bezog sich die Gesellschaft auf den preußischen Adligen und Publizisten Hellmut von Gerlach (1866-1935), der sich in den 1920er und 1930er Jahren für eine Annäherung zwischen Deutschen und Polen ausgesprochen hatte.⁷ Die Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft hat mehrfach ihren Namen geändert und heißt heute Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland (nicht zu verwechseln mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft – Bundesverband). Sie setzte (und setzt) sich für eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen ein. Die Initiative zur Gründung gaben ostdeutsche und polnische Kommunisten. Frühzeitig konnten sie auch Mitglieder aus anderen politischen Milieus gewinnen. Im Gegensatz zur LS war die HvGG kein Massenverband, sondern ein Verein mit nur einigen hundert Mitgliedern in der Bundesrepublik und in der DDR. Finanzielle und organisatorische Unterstützung erhielt die HvGG durch die SED-Westarbeit sowie durch das polnische Außenministerium.⁸

⁶ Vgl. einführend zur Geschichte der LS sowie insgesamt zu Vertriebenenorganisationen in Ost und West MATTHIAS STICKLER: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 46); SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“ (wie Anm. 2); CHRISTIAN LOTZ: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete 1948-1972, Köln 2007 (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, 15), bes. S. 30-35, 58-61, 72-75.

⁷ Vgl. Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist in Kaiserreich und Republik, hrsg. von CHRISTOPH KOCH, München 2009.

⁸ Vgl. zur Geschichte der Gerlach-Gesellschaft: KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ: Próba zbliżenia NRD-Polska pod koniec lat czterdziestych i na początku pięćdziesiątych. Utworzenie i działalność Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft [Versuch einer Annäherung zwischen der DDR und Polen Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre. Gründung und Tätigkeit der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft], in: Sobótka 55 (2000), 4, S. 527-

Die Landsmannschaft Schlesien und die Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft werden hier zur Untersuchung herangezogen, um an den Debatten, die sie ausfochten, an den Erfolgen und Misserfolgen, die sie mit ihren jeweiligen Deutungen der Geschichte erfuhren, abzulesen, wie sich die erinnerungspolitischen Kräfteverhältnisse im geteilten Deutschland veränderten und wer eine Deutungshoheit beanspruchen konnte. Hinsichtlich dieser Herangehensweise sollen vorab zwei Aspekte hervorgehoben werden: Zum Ersten geht es dem Aufsatz ausdrücklich nicht um einen Vergleich der Organisationsgeschichte von der LS und der HvGG. Beide Organisationen dienen vielmehr als Beobachtungspunkte: Aus zwei grundsätzlich verschiedenen, ja entgegengesetzten Blickrichtungen verfolgten beide Organisationen die Entwicklung der Diskussion, registrierten Erfolge der eigenen Organisation, ihrer Partner und Verbündeten, aber auch eigene Misserfolge oder Niederlagen. Zum Zweiten geht es nicht um eine mechanische Gegenüberstellung von ostdeutscher Erinnerung gegen westdeutsche Erinnerung. Wie oben bereits angedeutet, wirkten die LS und die HvGG in der Bundesrepublik *und* in der DDR. Freilich behinderte im Fortgang der Zeit die deutsche Teilung eine grenzübergreifende Arbeit immer stärker. Die von der LS und der HvGG vorgebrachten gegensätzlichen Deutungen, auch darauf will dieser Aufsatz eingehen, fanden jedoch Anhänger und Gegner in Ost *und* in West.

Als Untersuchungszeit wählt dieser Aufsatz die Phase zwischen Kriegsende 1945 und Mitte der 1960er Jahre, da – wie zu zeigen sein wird – sich in dieser Zeit jene Konfrontationsmuster ausbildeten, die die Debatten um die Erinnerung an Flucht und Vertreibung während des Ost-West-Konflikts anhaltend prägten.

II.

Die LS trat ebenso wie die übrigen Vertriebenenverbände während der späten 1940er und während der 1950er Jahre mit großem Selbstbewusstsein in den erinnerungspolitischen Debatten auf. Die Zwangsaussiedlungen waren aus Sicht der LS ein

„Schandfleck in der Geschichte der Völker, [der] nur getilgt werden kann durch eine Wiedergutmachung, soweit eine solche möglich ist. Die Rückgewähr der Heimat an die schuldlos Vertriebenen ist somit das Geringste, was geschehen

556; CHRISTIAN LOTZ: Zwischen verordneter und ernsthafter Freundschaft. Die Bemühungen der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft um eine deutsch-polnische Annäherung in der DDR und in der Bundesrepublik (1948-1972), in: *Erinnerungskultur und Versöhnungskitsch*, hrsg. von HANS HENNING HAHN u.a., Marburg 2008 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 26), S. 201-219; da die KPD/SED eine wesentliche Rolle bei der Organisation und Finanzierung der HvGG spielte, sei hier außerdem verwiesen auf JOSEF FOSCHEPOTH: Rolle und Bedeutung der KPD im deutsch-deutschen Systemkonflikt, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 56 (2008), 11, S. 889-909, sowie WILHELM MENSING: Illegaler Grenzverkehr SED/KPD/DKP zwischen KPD-Verbot und den 1970er Jahren, in: *Deutschland Archiv* 41 (2008), 4, S. 664-672.

muß, wenn die Zivilisation Europas ihr Menschenantlitz wiedergewinnen soll. [...] Jede künftige Regelung, die nicht dem Rechte der Schlesier auf die Heimat und dem Rechte Deutschlands auf das ihm seit Jahrhunderten eigene Gebiet entspricht, schafft blutende Grenzen, die ständig den Keim tiefgehender Unruhen und damit eine Gefährdung des Weltfriedens in sich tragen.“⁹

Die Argumentation der LS setzte sich aus drei Schritten zusammen: Erstens zeichnete sie ein Bild Schlesiens, das dieses Territorium zweifelsfrei als historisch deutsches Gebiet charakterisierte. Aspekte der Geschichte Schlesiens – von der Entwicklung der Städte über die Leistungskraft einzelner Wirtschaftszweige bis hin zu Architektur und Kunsthandwerk – waren aus landsmannschaftlicher Sicht zweifelsfreie Belege für den deutschen Charakter Schlesiens. Ganz gleich, wie weit historische Schilderungen in Werbematerialien, Ausstellungen und Veröffentlichungen der LS in die Geschichte zurückreichten – alles wurde ahistorisch in ein nationales Denkschema gepresst, wie es sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgeprägt hatte. Das Reden von den „blutenden Grenzen“ schloss nahtlos an die Rhetorik im Zusammenhang mit dem sogenannten Abstimmungskampf in Oberschlesien 1918/21 an.¹⁰ Zweitens erschienen die deutschen Schlesier grundsätzlich als „schuldlos Vertriebene“. Mochte das für die Kinder unter den Flüchtlingen und Vertriebenen fraglos gelten, konnte man derlei für die Erwachsenen keineswegs so pauschal behaupten: Ein großer Teil der Bevölkerung hatte in Schlesien – wie im übrigen Deutschland – den Nationalsozialisten anfangs zugejubelt, hatte der Verfolgung politischer Gegner und der Vernichtung der Juden tatenlos zugesehen oder gar daran mitgewirkt. Die Frage nach einer Verantwortung oder zumindest Mitverantwortung der Deutschen – auch der Deutschen aus Schlesien – für die Zwangsaussiedlungen tauchte hingegen weder in den öffentlichen Erklärungen noch in den internen Debatten der LS auf. Das Leben in Schlesien vor 1945 erschien vielmehr als heile Welt.¹¹ Schließlich wurden, drittens, die behaupteten

⁹ Archiv der Landsmannschaft Schlesien, Königswinter (künftig zit. AdLS), Protokoll der Bundesdelegiertenkonferenz, Frankfurt am Main, 15./16. Juli 1954.

¹⁰ Vgl. NORBERT KREKELER: Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933, Stuttgart 1973 (Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, 27); T. HUNT TOOLEY: National Identity and Weimar Germany. Upper Silesia and the Eastern Border 1918-1922, Lincoln 1997; JULIANE HAUBOLD-STOLLE: Mythos Oberschlesien. Der Kampf um die Erinnerung in Deutschland und Polen 1919-1956, Osnabrück 2008 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 14); ANDRZEJ MICHALCZYK: Heimat, Kirche und Nation. Deutsche und polnische Nationalisierungsprozesse im geteilten Oberschlesien (1922-1939), Köln 2011 (Neue Forschungen zur Schlesiens Geschichte, 19); zur Wahrnehmung des Ostens und der deutschen Ostgrenze vgl. auch GREGOR THUM: Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

¹¹ Vgl. JUTTA FAEHNDRICH: Eine endliche Geschichte. Die Heimatbücher der deutschen Vertriebenen, Köln u.a. 2011 (Visuelle Geschichtskultur, 5).

Eigenschaften des Territoriums und die Charakterisierung der Zwangsaus-siedlungen als Unrecht kausal mit einer politischen Forderung verknüpft: Gerade *weil* – so argumentierte die Landsmannschaft – die strittigen Gebiete deutsches Territorium seien und *weil* die Schlesier, Pommern und Ostpreußen schuldlos vertrieben worden seien, müssten die Oder-Neiße-Grenze revidiert und die Ostgebiete zurückgegeben werden. Begleitet wurde dieser historische Argumentationsstrang von der stetig wiederholten Forderung nach einem „Recht auf Heimat“ – einer Forderung, die die Landsmannschaft um so lauter vortrug, je deutlicher in der Öffentlichkeit der völkerrechtlich umstrittene Charakter eines solchen Rechts wurde.

Die Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft setzte in ihrer Deutung hingegen andere Schwerpunkte: In den Ostgebieten – so propagierte sie es – hätte schon im 19. Jahrhundert eine Minderheit von deutschen Kapitalisten die Mehrheit polnischer Arbeiter beherrscht. In einer Erklärung aus dem Jahr 1950 zeichnete der HvGG-Vorstand ein Bild des Klassenkampfes in den Ostgebieten und belegte dies mit verschiedenen Beispielen, etwa dass „in Schlesiens die Hälfte des Bodens 300 der größten Grundbesitzer gehörte, denen aber eine halbe Million polnischer Bauern gegenüberstand. Unter den schlesischen Bergleuten waren 70 Prozent und unter den Gießereiarbeitern 85 Prozent polnische Menschen.“¹² Zudem sei die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten 1945 – von Ausnahmen abgesehen – in geordneter Weise verlaufen. Aus einer solchen Deutung, die von einer polnischen Bevölkerungsmehrheit in den Ostgebieten und von geordneten Aussiedlungen der Deutschen sprach, leitete auch die HvGG eine politische Forderung ab, und zwar nach der Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze.

So gegensätzlich die Deutungen der LS und der HvGG auch waren, so augenfällig traten zugleich eine Reihe von strukturellen Ähnlichkeiten in den Argumentationen hervor. Zunächst ist eine unausgesprochene Orientierung am nationalstaatlichen Prinzip klar erkennbar: Dem umstrittenen Territorium schrieben die LS und die HvGG jeweils klare nationale Eigenschaften zu und leiteten daraus die Zugehörigkeit dieses Gebiets zu einem Staat ab: Aus Sicht der Landsmannschaft gehörten die Ostgebiete zu Deutschland wegen der vermeintlich allein von Deutschen geschaffenen Kultur, während die HvGG das Territorium Polen zuschrieb, da angeblich die Mehrheit der Bewohner schon vor 1945 Polen, hauptsächlich Arbeiter, gewesen seien, die unter deutscher Ausbeutung gelitten hätten.

¹² PETER ALFONS STEINIGER: Polen und Deutschland. Rede auf der ersten Arbeitskonferenz der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft“, in: *Blick nach Polen* 2 (1950), 4, S. 32-35, hier S. 32; zu den fachwissenschaftlichen Diskussionen unter ostdeutschen und polnischen Historikern zur Deutung der Vertreibung vgl. STEFAN GUTH: Erzwungene Verständigung? Die Kommission der Historiker der DDR und der Volksrepublik Polen 1956-1990, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57 (2009), 4, S. 497-542, besonders S. 514 f.

Darüber hinaus wählten beide Akteure für ihre Deutungen gezielt einzelne Ausschnitte aus der vielfältigen Geschichte der Zwangsmigrationen und der Geschichte der Ostgebiete. Dass in der Erinnerung nicht die gesamte Geschichte Platz findet, dass also – ob absichtlich oder unabsichtlich – immer eine Auswahl des zu Erinnernden getroffen wird, gehört zu den Eigenarten des Erinnerns.¹³ Das bemerkenswerte an den erinnerungspolitischen Kontroversen im geteilten Deutschland war vielmehr, dass einerseits die Vertriebenenverbände (unterstützt vom Bundesvertriebenenministerium) und andererseits die HvGG (gefördert von der SED-Agitationsabteilung) von Anfang an ganz gezielt solche Ausschnitte aus der vielfältigen Geschichte auswählten und erinnerten, die sich in der ostpolitischen Debatte um die Oder-Neiße-Grenze als Argument nutzen ließen: Mit dem Verweis auf eine angeblich rein deutsche Geschichte der Gebiete begründete die Landsmannschaft Schlesien ihre Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze, wohingegen die Gerlach-Gesellschaft den Bestand dieser Grenze mit der vermeintlichen polnischen Bevölkerungsmehrheit in den Ostgebieten begründete. Eine unverfälschte oder eine – wie auch immer geartete – „normale“ Erinnerung gab es in den politischen Debatten weder in der Bundesrepublik noch in der DDR. Auch von einer Tabuisierung des Themas kann keine Rede sein. Vielmehr suchten die Kontrahenten auf beiden Seiten jeweils nützliche Ausschnitte aus der facettenreichen Geschichte der Zwangsaussiedlungen und der strittigen Gebiete im Allgemeinen heraus und vernachlässigten gezielt andere Aspekte. Da ein Großteil der Flüchtlinge und Vertriebenen in den ersten Nachkriegsjahren eine Lösung ihrer materiellen Sorgen und Nöte auch von einer Rückkehr in die alte Heimat – also von einer Revision der Oder-Neiße-Grenze – erhoffte, wurde die Erinnerungslandschaft ganz erheblich vereinheitlicht: Auf ein positives Echo unter den Vertriebenen stießen gerade die Erinnerungen an die heile Welt vor 1945 und an die deutschen Aspekte der Geschichte Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens, da solche Aspekte als Argument gegen die Oder-Neiße-Grenze zu taugen schienen.

Schließlich zeigt sich – unabhängig von der inhaltlichen Gegensätzlichkeit – eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen der LS und der HvGG auch in den Strategien, mit welchen beide den jeweiligen Gegner außerhalb eines angenommenen gesellschaftlichen Konsens zu stellen suchten. Beide bedienten sich einer strukturell ähnlichen Zuspitzung, einer Art Kurzschluss: Nach Auffassung der LS und der übrigen Vertriebenenverbände war jeder, der Aspekte polnischer Geschichte oder Formen eines Klassenkampfes in den

¹³ HARALD WELZER: *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, München 2002; MAURICE HALBWACHS: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin 1966 (*Soziologische Texte*, 34) [französische Erstausgabe 1925]; CHRISTIAN LOTZ, KATJA NAUMANN: *Ein fragmentiertes Gedächtnis. Die konfliktreiche Auseinandersetzung um die geteilte deutsche Geschichte anhand von Gästebüchern historischer Ausstellungen*, Leipzig 2004 (*Studien des Leipziger Kreises. Forum für Wissenschaft und Kunst*, 3).

Ostgebieten anspruch, und jeder, der die rein deutsche Geschichte dieses Territoriums hinterfragte, ein „Kommunist“ und „Landesverräter“. Denn eine solche Erinnerung an polnische Geschichte und an Klassenkampf sowie Erinnerungen an einen ordnungsgemäßen Verlauf der Aussiedlungen würden von den kommunistischen Regierungen in Ost-Berlin und Warschau propagiert, die mit solchen Erinnerungen die Oder-Neiße-Grenze rechtfertigten, also „deutsches“ Gebiet preisgeben würden.¹⁴

Die Argumentation der HvGG und der SED-Agitationsabteilung zielte in die umgekehrte Richtung: Jeder, der von deutscher Geschichte der Ostgebiete sprach, die polnische Geschichte und soziale Spannungen in Frage stellte oder gar Erinnerungen an gewaltsame Vertreibungen wachhielt, war aus ihrer Sicht ein „Revanchist“ und „Kriegstreiber“. Denn – so agitierten die HvGG und die SED – die Vertriebenenverbände und die Regierung in Bonn begründeten mit solchen Erinnerungen die angestrebte Rückgewinnung Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens. Eine solche Rückgewinnung wäre jedoch ohne Krieg nicht möglich, da jedem politischen Beobachter ersichtlich war, dass die polnische Regierung diese Gebiete nicht hergeben würde.¹⁵

III.

Eine große Herausforderung für die Analyse der erinnerungspolitischen Kontroversen bildet die Frage, welchen Grad an Zustimmung oder Ablehnung die gegensätzlichen Deutungen in der Bevölkerung in Ost und West fanden. Um Antworten auf diese Frage zu erhalten, müssen verschiedene Quellenaussagen herangezogen werden. Dazu gehören, erstens, die Selbst- und Fremdeinschätzungen der am Streit beteiligten Akteure. Die Überlieferungen der LS und der HvGG geben regelmäßig Auskunft darüber, wie stark sie selbst ihre eigene Position und die ihrer Gegner einschätzten, und welchen Zuspruch oder Gegenwind sie aus der Bevölkerung für ihre jeweilige Arbeit verzeichneten. Zweitens enthalten die Lageberichte von Staatssicherheit und Polizei in der DDR sowie des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik Einschätzungen über befürwortende und ablehnende Haltungen in der Bevölkerung zu den erinnerungspolitischen Aktivitäten der genannten Akteure und ihrer Verbündeten. Schließlich lassen sich, drittens, zu einem geringen Teil auch Meinungsumfragen aus der Bundesrepublik heranziehen, die zwar nicht ausdrücklich die Erinnerungen der Befragten thematisierten, jedoch verwandte Themen berührten, wie etwa die Einstellung zur Oder-Neiße-Grenze.

¹⁴ Vgl. exemplarisch die Argumentation in den Gremienberatungen der LS; AdLS, Prot. Bundesvorstand, 8./9. September 1955; AdLS, Prot. Bundesdelegiertentagungen vom 13. Oktober 1950 (in der Anlage: EntschlieÙung), vom 23./24. März 1963 (in der Anlage: Grundsatzreferat des Landesvorsitzenden Rumbaur) und vom 22./23. März 1969.

¹⁵ Vgl. exemplarisch zur Argumentation der HvGG: PETER ALFONS STEINIGER: Die Polen und wir, in: Blick nach Polen 1 (1949), 1, S. 4-7; VORSTAND DER HVGG: Erklärung der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft zum 1. September 1949, dem 10. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen, in: Blick nach Polen 1 (1949), 2, S. 1.

Legt man diese Quellen nebeneinander, zeichnet sich bis 1956/57 ein eindeutiges Bild ab: Die Deutungshoheit über die Geschichte von Flucht und Vertreibung sowie über die Geschichte der Ostgebiete lag in dieser Zeit klar bei der Landsmannschaft Schlesien, den übrigen Vertriebenenverbänden sowie dem Bundesvertriebenenministerium und dem Gesamtdeutschen Ministerium. Die Protokolle der leitenden Gremien der LS wie auch die großen Bundestreffen der Landsmannschaft zeigen bis Mitte der 1950er Jahre einen selbstbewussten Verband, der sich einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung sicher war.¹⁶ Das heißt nicht, dass die Frühzeit landsmannschaftlicher Arbeit konfliktfrei gewesen wäre. Im Gegenteil: Sowohl nach innen bei der Auseinandersetzung mit zahlreichen Bundesheimatgruppen als auch nach außen bei der Verortung der Landsmannschaft Schlesien in der Bundespolitik traten zahlreiche Reibungsflächen hervor, wie etwa die Diskussion um Bundesratssitze für die Landsmannschaften zeigte.¹⁷ Solche Debatten scheinen jedoch anfängliche Probleme gewesen zu sein, die an der allgemeinen Zustimmung zum Geschichtsbild und zur Grenzrevisionsforderung der LS nichts änderten.

Übereinstimmend dazu zeigen die Überlieferungen der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft, dass es ihr vollkommen bewusst war, lediglich eine Minderheitsmeinung zu vertreten und zudem mit den Vertriebenenverbänden einen mächtigen, ja übermächtigen Gegner vor sich zu haben.¹⁸ Daran änderte auch der Umstand nichts, dass die SED mit ihrer Westarbeit und das polnische Außenministerium die HvGG finanziell und organisatorisch unterstützten.¹⁹ Der Widerspruch gegen die HvGG manifestierte sich in der heftigen Kritik an ihren Veranstaltungen in der Bundesrepublik und dem zögerlichen Anlaufen ihrer Arbeit in der DDR. Gegen die Arbeit der Gerlach-Gesellschaft sprachen auch die lebhaften Organisationsbemühungen von Flüchtlingen und Vertriebenen in der DDR, die sich ihre Sichtweise der Geschichte nicht von der HvGG und der SED-Propaganda vorschreiben lassen wollten.²⁰ Dieses

¹⁶ Vgl. dazu exemplarisch AdLS, Protokoll Gesamtvorstand, 12. August 1950; Protokoll Bundesdelegiertentagung, 13. Oktober 1950; Protokoll Bundesdelegiertentagung, 14. und 15. September 1951.

¹⁷ STICKLER, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“ (wie Anm. 6), S. 124-136.

¹⁸ Eine notwendige Pressekonferenz, in: *Jenseits der Oder* (1951), 5, S. 5; Angst vor der Wahrheit, in: *Jenseits der Oder* (1951), 12, S. 3; KARL WLOCH: Die breite Basis, in: *Blick nach Polen* (1949), 2, S. 2-5; sowie K.W.W.: Ein falscher Heimatbegriff, ebenda, S. 37.

¹⁹ Hauptstaatsarchiv (künftig zit. HStA) Düsseldorf, NW 511/46, Bericht L-514, 19. Januar 1954, betr. „Besprechung Gerlach-Gesellschaft mit SBZ-Funktionären im Dezember 1953 / Januar 1954“; NW 511/50, Aust Dü, Bericht L-514, 23. Februar 1953, betr. Gerlach-Gesellschaft; vgl. auch LOTZ, Zwischen verordneter und ernsthafter Freundschaft (wie Anm. 8).

²⁰ MANFRED WILLE, STEFFI KALTENBORN: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Bd. 3, S. 337-403; SCHWARTZ, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“ (wie Anm. 2), S. 477-572; AMOS, Vertriebenenpolitik (wie Anm. 2), S. 32-58.

Lagebild einer breiten Zustimmung zur landsmannschaftlichen Deutung von Flucht und Vertreibung findet seine Bestätigung auch in den Stimmungsberichten der ostdeutschen Polizei, des westdeutschen Verfassungsschutzes sowie in Meinungsumfragen in der Bundesrepublik.²¹

IV.

Die erinnerungspolitischen Kräfteverhältnisse verschoben sich jedoch ab 1956/57. Diese Verschiebungen traten nicht abrupt hervor, sondern vollzogen sich allmählich, etwa bis Mitte der 1960er Jahre. In den Protokollen der landsmannschaftlichen Gremien kommt diese Verschiebung in unterschiedlicher Weise zum Ausdruck: Der Vorstand und die Bundesdelegiertentagung der LS vernahmten seit 1956/57 eine wachsende Zahl von kritischen Stimmen aus Politik und Gesellschaft gegen die landsmannschaftlichen Aktivitäten.²² Zugleich ging die Zahl der Mitglieder der LS sowie die der Besucher der landsmannschaftlichen Treffen kontinuierlich zurück.²³ Schließlich registrierten die landsmannschaftlichen Führungsgremien sensibel, dass die anfängliche Aufmerksamkeit und das Wohlwollen, das der LS und ihrer Arbeit in Presse und Rundfunk der Bundesrepublik entgegengebracht worden waren, Jahr für Jahr nachließen und bei einigen Medien in wachsende Skepsis umschlugen.²⁴ Unabhängig davon waren die Vertriebenenverbände in den Debatten weiterhin sehr präsent, auch weil ihre Kritiker und Kontrahenten keinen einheitlichen Block bildeten. Die LS und die übrigen Vertriebenenverbände rückten nun näher zusammen und versuchten, ihre Interessen zu bündeln – etwa in der Gründung des Bundes der Vertriebenen 1958/59.

²¹ Vgl. zur Stimmung in der Bundesrepublik: Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1947-1955 und 1957, hrsg. vom Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1956 und 1957; HStA Düsseldorf, NW 511/44, Aust Dü, Nr. 1069, 5. Juni 1950, betr. „Gesellschaft zur deutsch-polnischen Freundschaft in Deutschland“, sowie NW 511/50, Bericht L514, Düsseldorf, 6. März 1953, betr.: Sitzung der Beauftragten der Gerlach-Gesellschaft auf Bundesebene am 19./20. Februar 1953 in Düsseldorf. Zur Stimmung in der DDR vgl. exemplarisch Bundesarchiv Berlin, DO 1/11.0 HVDVP, 886, fol. 8, DVdI an VP-Kreisamt Weimar, vom 21. Oktober 1949, betr.: „Neubürgerversammlungen in Apolda“, sowie fol. 21, LBdVP Sachsen an HVDVP, 12. Dezember 1949, wegen Umsiedlertreffen (aus Löwenberg/Schles.) am 4. Dezember 1949 in Görlitz; BStU, MfS, BVfS Leipzig, Leitung, 00817/ 04, Informationsberichte: „Analyse über die Stimmung und Tätigkeit der Umsiedler“, Leipzig, 24. Mai 1956.

²² Vgl. exemplarisch: AdLS, Protokoll Bundesdelegiertentagung, 11./12. November 1961.

²³ Die Anzahl der Mitglieder der LS ging von 293 564 im Jahr 1952 auf 136 090 im Jahr 1958 zurück, vgl. dazu: AdLS, Protokoll Bundesdelegiertentagung, 14. Juni 1958.

²⁴ Vgl. CHRISTINA VON HODENBERG: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006 (Moderne Zeit, 12), insbesondere S. 293-348; JULIANE VON SCHWERIN: Henri Nannen, der Stern und die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, Hamburg 2002; zur beispielhaften Kontroverse um die NDR-Reportage „Polen in Breslau“ im Jahr 1963 vgl. LOTZ, Die Deutung des Verlusts (wie Anm. 6), S. 136 ff.

Zugleich gewannen die HvGG und die SED-Agitationsabteilung an Einfluss. Dies zeigte sich in mehreren Bereichen: Die Staatspartei konnte Presse und Rundfunk immer stärker kontrollieren und so die Veröffentlichungen abweichender Deutungen unterbinden. Außerdem gelang es der ostdeutschen Polizei und Staatssicherheit schrittweise, selbstständige Vertriebenenorganisationen in der DDR zu unterdrücken. Zwar fanden informelle Treffen von Flüchtlingen und Vertriebenen bis in die 1960er Jahre hinein statt. Zudem reisten bis zum Mauerbau 1961 zahlreiche Schlesier, Pommern und Ostpreußen aus der DDR in die Bundesrepublik, um dort an Vertriebenentreffen teilzunehmen; auch unterhielten die LS und andere Landsmannschaften weiterhin Kontakte zu Vertriebenen in der DDR, z.B. über Heimatbriefe und Heimatzeitungen sowie durch den Versand von Päckchen und Hilfssendungen. Aber all diese Aktivitäten wurden entweder von der ostdeutschen Polizei behindert oder verliefen mit der Zeit von selbst im Sande.²⁵ In der Bundesrepublik stieß zur gleichen Zeit die Arbeit der HvGG seit 1956/57 nicht mehr auf so grundsätzliche Ablehnung wie zuvor: „Heute treten Persönlichkeiten und Kreise für die Verständigung mit der Volksrepublik Polen ein“, resümierte das HvGG-Vorstandsmitglied Paul Wolf 1957, „deren Stimmen in der Bundesrepublik ein großes Gewicht haben. Sie sind ein Ausdruck der geänderten Meinung in bezug auf unser zukünftiges Verhältnis zu Polen.“²⁶

Dass sich zwischen 1956 und Mitte der 1960er Jahre die Kräfteverhältnisse verschoben, ging im Wesentlichen auf vier Ursachen zurück, die gleichzeitig auftraten und teilweise ineinandergriffen: Zum Ersten ließ der soziale Druck auf die erinnerungspolitischen Debatten in dem Maße nach, wie seit Mitte der 1950er Jahre die wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen Fortschritte zeigte. In der Bundesrepublik ging beispielsweise die Zahl der männlichen Arbeitslosen unter den Vertriebenen zwischen 1949 und 1956 von 16% auf 6% zurück, während in demselben Zeitraum die Zahl der einheimischen Arbeitslosen nur von 6% auf 4,4% sank.²⁷ Durch diese spürbare wirtschaftliche Aufwärtsbewegung wurde vielen Flüchtlingen und Vertriebenen das Leben und Einleben am neuen Wohnort erleichtert, so dass eine Rückkehr in die vormalige Heimat nicht mehr als einzige Zukunftsperspektive erschien. Zum Zweiten stellte allein schon die immer weiter fortschreitende Zeit die Hoffnung auf eine Rückkehr in die Ostgebiete in Frage, da die

²⁵ Vgl. LOTZ, Deutung des Verlusts (wie Anm. 6), S. 105-111, 177-183; der Verfasser war 2007 anhand von Akten der Staatssicherheit zu dem Ergebnis gekommen, dass selbstständige Vertriebenentreffen ab Mitte der 1950er Jahre von der Polizei unterbunden werden konnten; die Studie von Heike Amos, die erheblich mehr Quellen der Staatssicherheit sichten konnte, zeigt hingegen, dass Vertriebenentreffen bis weit in die 1960er Jahre stattfanden und – sofern als harmlos eingeschätzt – von der Staatssicherheit geduldet wurden, vgl. AMOS, Vertriebenenpolitik (wie Anm. 2), S. 32-58, 256-258.

²⁶ PAUL WOLF: Rückblick auf zwei Jahre, in: *Jenseits der Oder* (1957), 1, S. 5-9, hier S. 6.

²⁷ WILLI ALBERS: Die Eingliederung in volkswirtschaftlicher Sicht, in: *Die Vertriebenen in Westdeutschland*, hrsg. von EUGEN LEMBERG, Bd. 2, S. 418-558, hier S. 438. Die übrigen Artikel in Bd. 2 liefern weitere Details zur ökonomischen Integration.

polnische Herrschaft und Besiedlung in den strittigen Gebieten gerade unter der nachwachsenden Generation immer seltener hinterfragt wurde. Es schwand gleichsam das räumliche Bewusstsein dafür, dass Deutschland einmal weit über Oder und Neiße hinausgereicht hatte.²⁸ Zum Dritten sah sich die Bundesregierung bei ihren westlichen Verbündeten in der Frage nach Gebietsforderungen zunehmend isoliert, denn die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich waren angesichts des polnischen Tauwetters 1956 und der Entstalinisierungsbemühungen in den Ländern Ostmitteleuropas wie auch unter dem Eindruck der zweiten Berlin-Krise ab 1958 eher an einer Entspannung interessiert. Die westdeutschen Forderungen nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze wurden so zu einem Sonderproblem.²⁹ Zum Vierten führten neue Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik gegen Täter und Mittäter des nationalsozialistischen Regimes dazu, dass die deutsche Vernichtungspolitik und der Zweite Weltkrieg einen breiteren Raum in der öffentlichen Diskussion einnahmen: Nach dem juristischen Auftakt im Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958 erreichten die gerichtlichen Aufarbeitungen ihren ersten Höhepunkt im Frankfurter Auschwitzprozess 1963-1965. Der von deutscher Seite begonnene Krieg trat dadurch als Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung deutlicher zu Tage. Zugleich mussten die Vertriebenenverbände mit ansehen, wie ihre Geschichtsdeutung, die das Leid der deutschen Vertriebenen hervorhob und in welcher die Aussiedlung der Deutschen als „Unrecht“ erschien, erheblich relativiert wurde.

Die oben erörterte Kräfteverschiebung war allerdings kein Nullsummenspiel: Die Gerlach-Gesellschaft und die SED-Agitationsabteilung konnten nicht in dem Umfang an Einfluss gewinnen, wie die Vertriebenenverbände und das Bundesvertriebenenministerium an Deutungsmacht verloren. Denn während die Kontrahenten weiterhin heftig stritten und die Fronten verhärtet blieben, begegnete ein wachsender Teil der deutschen Bevölkerung den erinnerungspolitischen Debatten mit Desinteresse. Nur mäßige Aufmerksamkeit, immer öfter aber auch blanke Gleichgültigkeit registrierten die Vertriebenenverbände in der Bevölkerung, wenn in landsmannschaftlichen Projekten, Ausstellungen und Veranstaltungen z.B. die Geschichte der sogenannten deutschen Ostkolonisation oder die vergangene Gestalt und Blüte von Städten wie Königsberg, Stettin und Breslau behandelt wurde. „Wer spricht denn noch [...] außerhalb der Vertriebenenorganisationen vom Deutschland jenseits der Oder/Neiße?“³⁰, fragte rhetorisch der Vorsitzende der LS, Hans Schellhaus, im Jahr 1961. Das schwindende Interesse in der Bevölkerung an *erinnerungspolitischen* Debatten sollte jedoch nicht verwechselt werden mit der Aufmerksamkeit für *ostpolitische* Fragen. Ging es um die Außenpolitik oder

²⁸ LOTZ, Die Deutung des Verlusts (wie Anm. 6), S. 78 f., 154-159.

²⁹ Vgl. DIETER BINGEN: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998 (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien Köln, 33), S. 79-111.

³⁰ AdLS, Protokoll Bundesdelegiertentagung, 11./12. November 1961.

um das Verhältnis der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn (das schloss gegenüber Polen die Grenzfrage mit ein), war das Interesse der Öffentlichkeit anhaltend groß. Aber die einseitigen Projekte der Landsmannschaft – von Vorträgen zur mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung bis zu Ausstellungen über die glanzvolle Vorkriegszeit schlesischer Städte – wollte kaum jemand mehr sehen.

In den ostpolitischen Debatten ließ sich seit 1956/57 innerhalb der vertriebenen *und* der alteingesessenen Bevölkerung in Ost und West eine Ausdifferenzierung der Einstellungen beobachten: Hatte in den ersten Jahren nach dem Krieg eine Mehrheit der Bevölkerung eine kompromisslose Haltung gegenüber Polen vertreten, wandelte sich diese Einstellung: Ein wachsender Teil lehnte nun die Suche nach einem politischen Ausgleich mit dem Nachbarn im Osten nicht mehr grundsätzlich ab. Dieser Einstellungswandel trat nicht zuletzt in Meinungsumfragen, etwa zur Oder-Neiße-Grenze, in der Bundesrepublik deutlich hervor.³¹ Während ein wachsender Teil der deutschen Bevölkerung kaum noch Interesse an den erinnerungspolitischen Kontroversen zeigte, widmeten sich weiterhin nur solche Akteure dem Thema Flucht und Vertreibung, die – wie die Landsmannschaften oder die SED-Agitationsabteilung – diese Erinnerung politisierten, indem sie passende Ausschnitte aus der vielfältigen Geschichte als Argument im Grenzstreit nutzten. In der Zeit von 1956 bis zur Mitte der 1960er Jahre trat geradezu eine Wechselwirkung auf: Eine zunehmende Politisierung von Erinnerung zog ein schwindendes Interesse in der Bevölkerung an der Geschichte der Zwangsaussiedlungen nach sich, und umgekehrt überließ das sich ausbreitende Desinteresse an den erinnerungspolitischen Kontroversen das Feld immer mehr jenen Akteuren, die politisierten.

Neben dieser Wechselwirkung zwischen schwindendem Interesse und zunehmender Politisierung schritt zeitgleich die Vereinheitlichung der Erinnerungen weiter voran, und zwar sowohl innerhalb der im Streit engagierten Organisationen als auch in ihrem Umfeld bzw. im geteilten Deutschland insgesamt. In der DDR zeigte sich dies zum einen darin, dass die SED-Agitationsabteilung und im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen die HvGG die Presse- und Rundfunklandschaft immer wirkungsvoller kontrollierten. Zum anderen gelang es Polizei und Staatssicherheit, wie bereits erwähnt, selbstständige Organisationsbemühungen von Vertriebenen an den Rand zu drängen. Nur noch zwischen den Zeilen, so etwa in der Belletristik, oder in Nischen der Gesellschaft, etwa in den Gemeinden der katholischen und evangelischen Kirche, konnten sich Stimmen zu Wort melden, die von der Deutung, wie sie die HvGG propagierte, abwichen.³² In der Bundesrepu-

³¹ Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958-1964 und 1965-1967, hrsg. vom Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbach 1965 und 1968.

³² MICHAEL SCHWARTZ: Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), 1, S. 85-101; CHRISTIAN LOTZ: Vertreibungsforschung, in: Historische Schle-

blik ging der Vorstand der LS daran, die anfängliche Vielfalt der Erinnerungen, wie sie an der Basis der Vertriebenenorganisationen praktiziert wurde, zu vereinheitlichen. Zu diesem Zweck wurden Richtlinien für die Kulturarbeit erlassen, kleine Heimatzeitungen mit politisch linientreuen Leitartikeln versehen und finanzielle Förderung nur an konforme Heimatgruppen vergeben.³³ Zum Erfolg der landsmannschaftlichen Führung trug bei, dass es in Westdeutschland neben den Vertriebenenverbänden keine konkurrierende Organisation gab, die mit dem Anspruch auftrat, *die* Vertriebenen und ihre „Heimat“ zu repräsentieren. Zudem wurden (und werden) die Vertriebenenverbände von der Bundespolitik – vor allem durch die kontinuierliche finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung – weitgehend ohne Widerspruch als eine solche Repräsentation angesehen.³⁴

In einer Art Kreislauf führte diese fortschreitende Vereinheitlichung wiederum zu einer weiteren Politisierung von Erinnerung, die die Landsmannschaften einerseits und die SED-Agitationsabteilung andererseits mit hohem Aufwand betrieben. Denn es waren keineswegs beliebige Organisationen, die Erinnerungen vereinheitlichten, sondern gerade solche, die jeweils ausgewählte Erinnerungsaspekte im Streit um die Oder-Neiße-Grenze als Argument nutzten. Auf diese Weise erzeugten die LS und die HvGG sowie ihre Verbündeten – aus entgegengesetztem ostpolitischem Interesse – einen erinnerungspolitischen Sog: Jede Wortmeldung, jede Überlieferungsspur, jeder historische Teilaspekt, der in irgendeiner Weise die Geschichte der Ostgebiete oder die Geschichte der Zwangsaussiedlungen berührte, konnte zu einem Argument für oder wider die Grenze genutzt werden. Dieser in Ost und West entstehende Sog war das Ergebnis einer unfreiwilligen Allianz aus SED und Landsmannschaften, welche – aus unterschiedlichen Motiven heraus – die Geschichte der Zwangsaussiedlungen und die Geschichte der Ostgebiete fest im politischen Zangengriff hielten. Wer sich diesem Sog entziehen wollte, musste enorme Kraft aufwenden, um sich von den Vereinnahmungen durch die Vertriebenenverbände oder durch die SED-Agitationsabteilung zu distanzieren. Beispiele für die Wirkung dieses erinnerungspolitischen Soges lassen sich in vielen Bereichen in Ost- und Westdeutschland finden, angefangen bei der Benennung und Umbenennung von Straßen über die Verwendung polnischer oder deutscher Ortsnamen bis hin zu zahlreichen Facetten innerhalb der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft.

Unter den Straßennamen ist wahrscheinlich der Schlesische Platz in Dresden das bekannteste Beispiel. Er hatte seinen Namen ohne eine politische Bedeutung im 19. Jahrhundert erhalten: Seit 1847 fuhren vom dortigen Bahnhof, heute Neustädter Bahnhof, die Züge nach Görlitz und Breslau ab, weshalb der

sienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft, hrsg. von JOACHIM BAHLCKE, Köln 2005 (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, 11), S. 593-618.

³³ Vgl. LOTZ, Die Deutung des Verlusts (wie Anm. 6), S. 65 ff., 147-150.

³⁴ STICKLER, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“ (wie Anm. 6), S. 136-155.

Platz vor dem Bahnhof den Namen „Schlesischer Platz“ erhielt. Als nach 1945 in Dresden – wie in vielen anderen ost- und westdeutschen Städten – Straßennamen geändert wurden, blieb der „Schlesische Platz“ zunächst erhalten. Weder der Stadtrat noch die zur Straßenbenennung eingesetzte Kommission nahmen an „Schlesien“ Anstoß; offenkundig war der verkehrsgeografische Verweis auf Schlesien nichts Problematisches. Als aber in den 1950er und 1960er Jahren die erinnerungspolitischen Kontroversen an Fahrt gewannen, geriet der Name „Schlesischer Platz“ in den erinnerungspolitischen Sog. Aus einem verkehrsgeografischen Begriff wurde ein politischer Forderungsbegriff: „Schlesischer Platz“ – das klang Mitte der 1960er Jahre nicht mehr nach Eisenbahnlinie und Verkehrsverbindung, sondern nach Vertriebenen-Kundgebung und markigen deutschnationalen Parolen. Die Dresdner Stadtverwaltung beschloss daher 1966, den Platz in Dr.-Friedrich-Wolf-Platz umzubenennen (der Mediziner und Schriftsteller Friedrich Wolf war von 1949 bis 1951 erster Botschafter der DDR in Polen).³⁵

Innerhalb der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik zeigte sich der erinnerungspolitische Sog bspw. in der Debatte um die Koordination der Kulturarbeit der zahlreichen Vertriebenenverbände. Das Bundesvertriebenenministerium war Ende der 1960er Jahre bestrebt, die Koordination in einer Einrichtung zu bündeln. Es ließ u.a. beim Herder-Institut in Marburg anfragen, ob es bereit sei, diese Aufgabe zu übernehmen. Der Institutsleitung war vollkommen bewusst, wie groß die Kluft zwischen reflektiertem Dialog über Geschichte einerseits und der politisch aufgeladenen „Kulturpflege“ der Landsmannschaften andererseits inzwischen geworden war. „[D]as Institut“, so lehnte die Institutsleitung im Sommer 1969 letztlich die Anfrage des Ministeriums ab, unterhalte „vielfältige Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen in Polen und in der ČSSR. Diese Kontakte würden gefährdet werden, wenn das Institut hier aus einer gewissen Neutralität heraustreten würde.“³⁶ Diese „gewisse Neutralität“ einer Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte im Osten Europas war im erinnerungspolitischen Sog, den die Landsmannschaften durch ihre Kulturarbeit mit erzeugten, verschwunden. Das Institut hingegen war bestrebt, diesem Sog zu entgehen, indem es sich auf den halbwegs geschützten Raum wissenschaftlicher Kommunikation beschränkte.

³⁵ CHRISTIAN LOTZ: Roads to Revision: Disputes over Street Names Referring to the German Eastern Territories after the First and Second World Wars in the Cities of Dresden and Mainz, 1921 to 1972, in: Memorialization in Germany since 1945, hrsg. von WILLIAM NIVEN und CHLOE PAVER, Basingstoke 2010, S. 37-47.

³⁶ Bundestagsarchiv Berlin, 5. Legislaturperiode, Ausschuß für Heimatvertriebene, 52. Sitzung, 25. Juni 1969. Zur Entwicklung der Ostforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik vgl. CORINNA R. UNGER: Ostforschung in Westdeutschland: Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945-1975, Stuttgart 2007 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 1).

V.

Wie oben erörtert, geriet zwischen 1956 und Mitte der 1960er Jahre die Forderung nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze immer stärker unter Druck – vor allem durch das internationale Entspannungsklima und die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen. Mit der Revisionsforderung musste nun auch die Erinnerung an deutsche Geschichte in den Ostgebieten unter diesen Druck geraten, da diese „deutschen“ Erinnerungen von den Vertriebenenverbänden permanent als Argument gegen die Oder-Neiße-Grenze benutzt wurden. Ebenso erging es der ereignisgeschichtlichen Erinnerung an die Zwangsaussiedlungen als leidvolle Erfahrung und „Unrecht“: Die Landsmannschaften propagierten eine solche Deutung, um eine Wiedergutmachung – und das hieß: Revision der Oder-Neiße-Grenze und Rückkehr in die Ostgebiete – zu erzielen. Wenn also die Forderung nach Grenzrevision auf Kritik stieß, rief nun auch die Erinnerung an das Leid der deutschen Vertriebenen in gleicher Weise Unbehagen und Skepsis hervor. Darüber hinaus relativierten juristische und geschichtswissenschaftliche Untersuchungen zur nationalsozialistischen Herrschaft ganz erheblich die Erzählungen vom Leid, das den deutschen Vertriebenen widerfahren war. Denn Studien wie jene von Martin Broszat zur deutschen Besatzung in Polen während des Zweiten Weltkriegs³⁷ führten vor Augen, welches Unheil die Deutschen über andere Völker gebracht hatten.

Da die Vertriebenenverbände Erinnerungen an deutsche Geschichte östlich von Oder und Neiße als Argument gegen die Oder-Neiße-Grenze benutzten und die SED-Agitationsabteilung gerade diese „deutschen“ Erinnerungen als revisionistische Propaganda verunglimpfte, ging in der Bevölkerung das Interesse an deutscher Geschichte in Ostmitteleuropa in dem Maße zurück wie die Einsicht wuchs, dass die Oder-Neiße-Grenze wahrscheinlich akzeptiert werden müsse. Die nachlassende Bereitschaft, sich öffentlich mit Erinnerungen an deutsche Geschichte jenseits von Oder und Neiße zu beschäftigen, bedeutete allerdings nicht, dass nun die Deutung von polnischer Geschichte oder von Klassenkämpfen in den Ostgebieten, wie sie die HvGG und SED-Agitationsabteilung propagierten, einen wachsenden Zuspruch erfahren hätte. Dafür wich eine solche Lesart an vielen Stellen zu offenkundig von den Erfahrungen ab, die die Mehrheit der Flüchtlinge und Vertriebenen an ihren Wohnorten in Schlesien, Pommern und Ostpreußen während der Vorkriegszeit gesammelt hatte.

Ab Mitte der 1960er Jahre zeigte sich, dass die Deutungshoheit über die Geschichte der Vertreibung (Ereignis) und die Deutungshoheit über die Geschichte der Ostgebiete (Raum) nicht mehr von den gleichen Akteuren erobert bzw. behauptet werden konnte. Vielmehr entwickelten sich die Deutungshoheiten über die Ereignisse einerseits und den Raum andererseits in

³⁷ MARTIN BROSZAT: *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*, Stuttgart 1961 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2).

unterschiedlicher Weise: In der Debatte um die ereignisgeschichtliche Deutung der Zwangsaussiedlungen ließ das Gewicht der Landsmannschaften und auch des Bundesvertriebenenministeriums bereits seit 1956/57 allmählich nach. Gegen Mitte der 1960er Jahre zeichnete sich ein schmaler Grat einer neuen erinnerungspolitischen Übereinstimmung zwischen all jenen Akteuren ab, die in Gegnerschaft oder zumindest Skepsis zu den Vertriebenenverbänden standen. Diese Gegner der Landsmannschaften – angefangen von Vertretern aus den politischen Parteien und den Kirchen bis hin zu Wissenschaftlern und Publizisten – rückten die Zwangsaussiedlung der Deutschen in den Ursachenzusammenhang des von deutscher Seite begonnenen Krieges. Die in Wissenschaft und Justiz betriebene Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen sowie die vielfältigen Initiativen zur deutsch-polnischen Annäherung, die immer breitere Teile der Gesellschaft erreichten, müssen hier als wesentliche Ursachen gesehen werden.³⁸ Eine klar erkennbare Deutungshoheit über die Ereignisgeschichte der Vertreibung konnte nun jedoch kein einzelner Akteur mehr für sich beanspruchen: Obgleich sich der oben geschilderte schmale Grat einer Übereinstimmung abzeichnete, bildete sich kein Bündnis unter den verschiedenen Akteuren zur Durchsetzung dieser Deutung aus. Vielmehr trat jenseits dieses Grats eine Vielfalt von Deutungsakzenten hervor: Die SED-Agitationsabteilung und die Gerlach-Gesellschaft sprachen unverändert von der Schuld der „deutschen Imperialisten“. In den Stellungnahmen des Gesamtdeutschen Ministeriums klang eher ein Eingeständnis von Verantwortung oder zumindest Mitverantwortung der Deutschen für die Zwangsaussiedlungen durch.³⁹ Diejenigen Teile der katholischen und der evangelischen Kirche, die auf eine Versöhnung mit Polen hinarbeiteten, benannten deutlicher eine Schuld der Deutschen insgesamt oder zumindest all jener Deutschen, die das nationalsozialistische Regime mitgetragen hatten.

Hinsichtlich der Geschichte der Ostgebiete – also des Raumes – ergab sich eine ganz andere Situation: Im Streit um die Deutung des Raumes entstand kein schmaler Grat einer Übereinkunft. Im Gegenteil – die Deutungshoheit teilte sich entlang des Eisernen Vorhangs. In der Bundesrepublik und der DDR setzten sich zwei gegensätzliche Lesarten durch: In Westdeutschland behaupteten die Vertriebenenverbände ihre Deutungshoheit über eine rein deutsche Geschichte Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens, da sich außer

³⁸ Vgl. dazu Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik, hrsg. von FRIEDRICH BOLL, WIESŁAW WYSOCKI und KLAUS ZIEMER, Bonn 2009 (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft, 27); WEINKE, Verfolgung von NS-Tätern (wie Anm. 5); LOTZ, Deutung des Verlusts (wie Anm. 6), S. 209-262 sowie die darin aufgeführte Literatur.

³⁹ Vgl. dazu exemplarisch die als Sonderdruck verbreitete Rede des Staatssekretärs im Gesamtdeutschen Ministerium: FRANZ THEDIECK: Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht, Bonn o. J. [etwa 1960/61]; zum Wandel der deutschlandpolitischen Orientierung des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen vgl. STEFAN CREUZBERGER: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969, Düsseldorf 2008 (Schriften des Bundesarchivs, 69).

ihnen kaum jemand öffentlich für die Geschichte dieses Territoriums engagierte. Die umstrittenen Gebiete wurden in der Bundesrepublik von den Vertriebenenverbänden im Sinne ihrer Deutung erinnerungspolitisch als deutsche Ostgebiete gewissermaßen besetzt. In Ostdeutschland hingegen hatten die HvGG und die SED-Agitationsabteilung die Deutungshoheit fest im Griff und sprachen von polnischer Geschichte und von einer Geschichte des Klassenkampfes in den Ostgebieten. Durch das anhaltende Verbot von Vertriebenenvereinen in der DDR und die rigorose Steuerung von Presse und Rundfunk beherrschten HvGG und SED mit dieser Deutung den öffentlichen Raum in der DDR. Die SED hielt auf diese Weise Schlesien, Pommern und Ostpreußen erinnerungspolitisch als polnische Westgebiete besetzt.

Zusammenfassung

In der Forschungsliteratur zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung sind einerseits Thesen weit verbreitet, die von einer „Tabuisierung“ dieser Erinnerung in der DDR, und zeitweise auch in der Bundesrepublik, sprechen. Andererseits wurde – für die Geschichte der Bundesrepublik – ein Gegensatz zwischen „instrumentalisierter Erinnerung“ der Vertriebenenverbände und „eigentlicher Erinnerungsarbeit“ durch die Belletristik behauptet. Wie die Einleitung gezeigt hat, sind diese Thesen nur ungenügend geeignet, die Entwicklung der Erinnerung an Flucht und Vertreibung hinreichend zu erfassen.

Um über diese gängigen Thesen hinauszugehen, unternahm der Aufsatz eine beziehungsgeschichtliche Analyse, die beide deutsche Staaten in den Blick nahm. Dabei wurde das erinnerungspolitische Agieren zweier Akteure untersucht, die im Streit gegensätzliche Deutungen vertraten, und zwar der Landsmannschaft Schlesien und der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft. In ihrer erinnerungspolitischen Arbeit wählten LS und HvGG ganz gezielt solche Ausschnitte aus der vielfältigen Geschichte der Zwangsaussiedlungen und der Geschichte der strittigen Gebiete aus, die sich als Argument im Streit um die Oder-Neiße-Grenze nutzen ließen: Mit Aspekten deutscher Geschichte und dem Verweis auf das Leid der deutschen Flüchtlinge forderten die LS und die übrigen Vertriebenenverbände eine Revision der Grenze. Mit Aspekten polnischer Geschichte und der Betonung von Klassenkämpfen zwischen polnischen Arbeitern und deutschen Fabrikbesitzern sowie unter Hinweis auf geordnete Aussiedlungen befürworteten HvGG und SED-Agitationsabteilung die Oder-Neiße-Grenze. Durch die argumentative Verknüpfung von Grenzfrage und Erinnerung wurden die Erinnerungen an die Zwangsaussiedlungen erheblich politisiert. Zugleich ließ sich eine Vereinheitlichung von Erinnerung beobachten: In der DDR wurden Deutungen, die inhaltlich nicht auf Linie der HvGG und SED-Agitationsabteilung lagen, durch Unterdrückung von Vertriebenenvereinen sowie durch Pressezensur an den Rand gedrängt. In der Bundesrepublik vereinheitlichte – wenn auch nicht in so starkem Maße – die Führung der LS die Erinnerungsarbeit der landsmannschaftlichen Untergliederungen, indem nur solche Projekte gefördert wurden, die mit der Deutung der LS-Führung übereinstimmten.

Durch diese Politisierung und Vereinheitlichung von Erinnerung erzeugten LS und HvGG aus unterschiedlichem ostpolitischem Interesse einen erinnerungspolitischen Sog, in den sämtliche Wortmeldungen zur Geschichte oder historischen Überlieferungsspuren hineingeraten konnten, um dort zu einem Argument für oder gegen die Oder-Neiße-Grenze geschmiedet zu werden.

Bis etwa 1956/57 hatte die LS gemeinsam mit den übrigen Vertriebenenverbänden die Deutungshoheit über die Geschichte der Zwangsaussiedlungen. Zugleich lehnte die Mehrheit der Bevölkerung in Ost und West die Oder-Neiße-Grenze ab. Die HvGG hatte mit ihrer Deutung lediglich eine Randposition.

Die Kräfteverhältnisse in den erinnerungspolitischen Kontroversen verschoben sich jedoch ab 1956/57 langsam, und zwar aus vier Gründen: Die wirtschaftliche Integration der Vertriebenen eröffnete, erstens, Perspektiven auf ein Leben am neuen Wohnort und ließ Rückkehrwünsche schwinden. Mit fortschreitender Zeit wurde, zweitens, die polnische Besiedlung in den strittigen Gebieten besonders für die nachwachsende Generation immer mehr eine Selbstverständlichkeit. Drittens sah sich die Bundesregierung angesichts der Entspannungsbemühungen der Großmächte mit ihrer Grenzrevisionsforderung zunehmend isoliert. Die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen rief, viertens, das Unheil, das der von deutscher Seite begonnene Krieg über andere Völker gebracht hatte, stärker ins öffentliche Bewusstsein. Zugleich rückten auf diese Weise die Erzählungen vom Leid der deutschen Vertriebenen in einen bislang vernachlässigten Ursachenzusammenhang.

Da die Forderung nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze mit den Erinnerungen an deutsche Geschichte in den Ostgebieten und dem Leid der Deutschen während der Zwangsaussiedlungen argumentativ verknüpft worden war, gerieten diese Erinnerungen in dem Maße ins Abseits und schwand das öffentliche Interesse an diesen Erinnerungen, wie bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung die Einsicht wuchs, dass diese Grenze wohl akzeptiert werden müsse. Zugleich drifteten die Vertriebenenverbände mit ihren Revisionsforderungen an den Rand des politischen Spektrums ab. Seit Ende der 1950er Jahre verloren die Landsmannschaften auf diese Weise langsam die Deutungshoheit über die Geschichte von Flucht und Vertreibung. Die Gerlach-Gesellschaft und die SED konnten jedoch nicht in gleichem Umfang an Deutungsmacht gewinnen, denn ihre Lesart vom Klassenkampf in den strittigen Gebieten lag fern ab von der Lebenswelt, die viele Flüchtlinge und Vertriebene vor dem Krieg in Schlesien, Pommern und Ostpreußen erfahren hatten. Gleichwohl wuchs während der 1960er Jahre bei all jenen, die nicht auf Seiten der Vertriebenenverbände standen, ein schmaler Grat einer neuen erinnerungspolitischen Übereinstimmung, die die nationalsozialistische Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs als Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung deutete, wodurch das Leid der deutschen Vertriebenen in einen größeren Kontext eingebettet wurde.

Summary

In the undertow of the politics of memory.

Controversies in divided Germany about the memory of flight, expulsion and the Eastern territories

Memories of the forced migration of Germans at the end of Second World War and the history of former German territories in Eastern Central Europe have been the subject of lively discussion both among academics and the general public. This study examines the political controversies surrounding the memories of flight and expulsion in the divided Germany of the 1950s and 1960s. How did the balance of forces within the 'politics of memory' shift? Which side, at what time, could claim to be winning the battle of opinion? In its analysis, the study takes as its two principal examples the Landsmannschaft Schlesien (Organisation of Expellees from Silesia, LS) and the Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft (Helmut von Gerlach Society, HvGG, a society promoting German-Polish rapprochement).

In its interpretation of history, the LS emphasised a purely German character of the Eastern territories and the coercive nature of the migration. By contrast, the HvGG's interpretation stressed the social conflicts (class struggle) in the Eastern territories between a minority: German capitalists, and the majority: Polish workers, and talked of an orderly resettlement of the Germans. From the manifold and complex past, both LS and HvGG deliberately chose suitable examples which could be used as arguments in the dispute over the Oder-Neisse border. There arose an undertow in the politics of memory: those arguments which pointed to the German character of the Eastern territories and to forcible expulsion were used by the LS as arguments against the Oder-Neisse border. By contrast, all those aspects which indicated social conflict in the Eastern territories, were used by the HvGG as an argument for the Oder-Neisse border.

In the initial period following 1945 the LS and the other expellee organisations could claim to be winning the battle of historical interpretation. From 1956/57 onwards the expellee organisations were gradually obliged to retreat, as a relaxation in international tension together with the light shone by judicial and academic investigations on Nazi Crimes cast doubt on the expellee organisations' view of history and their demands for a revision of the border.

The HvGG in its influence was, however, unable to gain all the ground from which the LS had retreated. Its interpretation of history was simply to remote from the personal experiences of many refugees and expellees. In addition, more and more Germans, both in East and West (particularly in the rising generation), increasingly displayed indifference to the memory of German history in Eastern Europe.